

Unterlagen zum Einbürgerungsantrag

Folgende Unterlagen sind mit dem Antrag vorzulegen (Urkunden in einer anderen als der deutschen Sprache müssen im Original und in beglaubigter Übersetzung vorgelegt werden):

- Lichtbild aus neuer Zeit (für alle antragstellenden Personen, auch Kinder ab 3 Jahre)
- Handgeschriebener Lebenslauf
- Kopie der Ausweispapiere (Reisepass, Reiseausweis) mit gültiger Aufenthaltserlaubnis
- Nachweis über den Besitz und Verlust einer früheren Staatsangehörigkeit
- Geburtsurkunde/n
- Heiratsurkunde oder Familienbuch
- Heiratsurkunde oder Familienbuch der vorherigen Ehe bei Scheidung oder wenn Sie verwitwet sind
- Scheidungsurteil/e mit Tenor ggf. Sorgerechtsregelung und Unterhaltsverpflichtung
- Nachweis über die deutsche Staatsangehörigkeit Ihres Ehegatten
(Staatsangehörigkeitsausweis, Einbürgerungsurkunde, Spätaussiedlerbescheinigung, Personalausweis, Reisepass)
- die letzten 3 aktuellen Lohnabrechnungen (auch vom Ehegatten)
- Nachweis über die derzeitige berufliche Situation (Arbeitsvertrag, Ausbildungsvertrag)
- bei Selbstständigen: neuester Einkommensteuer-Bescheid und Gewinn- Und Verlustrechnung für das vergangene Jahr oder Bestätigung des Steuerberaters über die monatlichen Einkünfte
- bei Rentner: aktueller Rentenbescheid
- Nachweis über sonstige Einkünfte
(z.B. Arbeitslosengeld I, Erziehungsgeld, Elterngeld, Krankengeld, BaföG, Sozialgeld, Kindergeld, Mieteinnahmen)
- Bei Bezug von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld bitte Nachweise für den Grund der Arbeitslosigkeit vorlegen (Kündigung, arbeitsgerichtliche Entscheidung o.ä.)
- Erklärung, dass keine Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch bezogen werden (z.B. Sozialgeld, Arbeitslosengeld II)

- Erklärung zur sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern gem. § 3 Abs. 4 Landesverfassungsschutzgesetz (LVSG)
- Schulbescheinigung und Schulzeugnisse der Kinder
- Mietvertrag oder Nachweis über die Höhe der monatlichen Zinsen und Tilgung bei Eigenheim
- Rentenversicherungsauskunft mit Versicherungsverlauf der Deutschen Rentenversicherung
- Nachweis über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse:
 - Zertifikat Deutsch B 1 oder höher
 - Abschlusszeugnis einer deutschen allgemeinbildenden Schule
 - Nachweis über den Abschluss eines Studiums an einer deutschen Hochschule oder Fachhochschule (Diplom und Prüfungszeugnis)
 - Nachweis über den Abschluss einer deutschen Berufsausbildung (Abschlusszeugnis)
- Einbürgerungstest oder Test „Leben in Deutschland“
- Bei Teilnahme am Integrationskurs bitte die Teilnahmebescheinigung zusammen mit den Zertifikaten vorlegen)
- Erklärung zur ehelichen Lebensgemeinschaft (bei Einbürgerung aufgrund deutschem Ehegatten oder bei Miteinbürgerung des Ehegatten)

Bitte beachten Sie

Die Antragsunterlagen sind beim Rathaus Ihrer Gemeinde abzugeben.

Kinder ab 16 Jahre müssen einen eigenen Einbürgerungsantrag stellen.

Die Gebühr für die Einbürgerung beträgt 255,00 € und für miteinzubürgernde Kinder unter 16 Jahre je 51,00 €.

Für die Rücknahme oder die Ablehnung des Antrages ist ebenfalls eine Verwaltungsgebühr zu bezahlen. Es empfiehlt sich daher, sich im Voraus zu informieren, ob die Voraussetzungen für eine Einbürgerung vorliegen.

	<u>Rücknahme</u>	<u>Ablehnung</u>
Antragsteller	85,00 €	190,00 €
Minderjährige Kinder	25,00 €	38,00 €

Für jede Person über 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich

Landratsamt Zollernalbkreis
72334 Balingen

Datenschutzrechtlicher Hinweis

Nach § 31 Staatsangehörigkeitsgesetz dürfen die mit der Ausführung des Staatsangehörigkeitsgesetzes betrauten Behörden zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes oder von staatsangehörigkeitsrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz oder nach staatsangehörigkeitsrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie von entsprechenden Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit diese im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

Ich beantrage die Einbürgerung in den deutschen Staatsverband

1. Angaben zur Person

1.1. Antragsteller

Familienname (auch Geburtsname)	
Vornamen	Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat	
Anschrift (PLZ, Wohnort, Straße, Hausnummer)	
Telefon, E-Mail, FAX	
ausgeübter Beruf	
Staatsangehörigkeit(en)	nachgewiesen durch
Frühere Staatsangehörigkeiten <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	nachgewiesen durch

Aufenthaltsberechtigung <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Unbefristete Aufenthaltserlaubnis <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Niederlassungserlaubnis <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Befristete Aufenthaltserlaubnis <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, nach § _____ AufenthG, gültig bis	

Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet	seit
Tag und Ort der letzten Eheschließung	

Besonderer Status: <input type="checkbox"/> Asylberechtigter <input type="checkbox"/> ausländischer Flüchtling <input type="checkbox"/> Staatenlos mit Reiseausweis
nachgewiesen durch

Sind Sie wehrpflichtig?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Sind Sie vom Wehrdienst befreit?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Haben Sie Wehrdienst oder anderen Militärdienst abgeleistet?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Der Wehrdienst wurde geleistet von	bis
Wo wurde der Wehrdienst geleistet (Staat)?	

1.2 Ehegatte Miteinbürgerung beantragt ja nein

Familienname (auch Geburtsname)	
Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit	nachgewiesen durch
Anschrift, falls abweichend von Ziffer 1.1	

1.2. weitere Ehen

Es besteht daneben eine weitere (nicht aufgelöste) Ehe ja nein

1.3 frühere Ehen/Lebenspartnerschaften des Antragstellers ja nein

Name, Vorname des früheren Ehegatten/Lebenspartners	Staatsangehörigkeit
Ehe aufgelöst mit Urteil vom	Es bestanden noch weitere Ehen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

2. Kinder des Antragstellers

Hier sind alle minderjährigen und volljährigen ehelichen, nichtehelichen und angenommenen Kinder einzutragen.

1. Kind

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> nichtehelich <input type="checkbox"/> adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Kind lebt im Haushalt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

2. Kind

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> nichtehelich <input type="checkbox"/> adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Kind lebt im Haushalt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

3. Kind

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> nichtehelich <input type="checkbox"/> adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Kind lebt im Haushalt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

4. Kind

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> nichtehelich <input type="checkbox"/> adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Kind lebt im Haushalt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

5. Kind

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> nichtehelich <input type="checkbox"/> adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Kind lebt im Haushalt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

6. Kind

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> nichtehelich <input type="checkbox"/> adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Kind lebt im Haushalt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

3. Eltern des Antragstellers

Vater

Mutter

leiblich <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	leiblich <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Familienname, Geburtsname	Familienname, Geburtsname
Vorname	Vorname
Geburtsdatum	Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit (derzeit)	Staatsangehörigkeit (derzeit)
Staatsangehörigkeit (früher)	Staatsangehörigkeit (früher)
(letzter) Wohnort, Kreis, Staat	(letzter) Wohnort, Kreis, Staat
verstorben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am	verstorben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am

4. Wohnsitze des Antragstellers seit Geburt bis heute (keine Besuchsaufenthalte)

von	bis	in (Ort und Staat)
Geburt		

5. Ausbildung und Beruf des Antragstellers

Schulbildung			
von	bis	Schulart, Abschluss	Staat

Berufsausbildung, Weiterbildung			
von	bis	Schulart, Abschluss	Staat

Arbeitsverhältnisse und selbständige Tätigkeiten im Inland		
von	bis	Arbeitgeber, Art der Tätigkeit

6. Deutsche Sprachkenntnisse und Integrationsleistungen

Abschlusszeugnis einer allgemeinbildenden deutschen Schule liegt vor	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Abschluss einer deutschen Berufsausbildung/Studiums liegt vor	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Zertifikat Deutsch, Sprachniveau B 1, oder gleichwertiges Zeugnis liegt vor	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs nach § 43 AufenthG	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Erfolgreiche Teilnahme an einem Einbürgerungstest nach § 10 Abs. 5 StAG	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Besondere Integrationsleistungen, z.B. ehrenamtliches Engagement etc.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

7. Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungsverfahren im In- und Ausland

Vorstrafen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Datum, Tatbestand und Strafmaß, auch Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung (§ 61 StGB)	
Bitte geben Sie an, ob in der Vergangenheit ein antisemitischer, rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverachtender Beweggrund festgestellt worden ist („Bitte machen Sie Angaben zu Tatbestand, Strafmaß, verurteilendem Gericht/Behörde und Datum der Verurteilung. Fügen Sie bitte eine Kopie des entsprechenden vollständigen Urteils bei“).	

Ordnungswidrigkeiten	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Datum, Tatbestand und Geldbuße	

Anhängige Straf- oder Ermittlungsverfahren	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Nähere Angaben Bitte fügen Sie unterlagen bei	

8. Wirtschaftliche Verhältnisse des Antragstellers

8.1 Aktuelle Einkünfte

Erwerbseinkommen	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Betrag €/Monat	
Einkommen aus selbständiger Arbeit	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Gewinn jährlich	
Einkünfte Vermietung/Verpachtung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Betrag €/Monat	
Renten	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Betrag €/Monat	
Kindergeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Betrag €/Monat	
Erziehungsgeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis
Wohngeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis
Arbeitslosengeld I	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis
Arbeitslosengeld II	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis
Sozialhilfe/Grundsicherung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis
Krankengeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Art und Höhe	

8.2 Bezug von Sozialleistungen in der Vergangenheit (letzte 5 Jahre)

(Bei Bezug von Arbeitslosengeld II bitte die Gründe für den Bezug angeben und Nachweise beilegen)

Leistungsbehörde	Leistungsart	Leistungszeitraum

8.3. Vermögen und Schulden

Grundstücke	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Wert in EURO
anderes Vermögen	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Wert in EURO
Hypotheken, Schulden	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Höhe in EURO
Schulden bei Behörden	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Höhe in EURO

8.4 Unterhaltsverpflichtungen

Unterhaltsverpflichtungen gegenüber anderen Personen, die nicht im Haushalt leben		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Name des Unterhaltsberechtigten	Höhe der mtl. Unterhaltszahlungen in EURO	
Es bestehen Unterhaltsrückstände	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Höhe in EURO

8.4 Soziale Absicherung

Krankenversicherung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Name der Versicherung
Private Rentenversicherung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Name der Versicherung
Gesetzliche Rentenversicherung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Pflichtbeiträge wurden geleistet seit Jahren

9. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Ich bin bereit, meine bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Wenn nein, bitte begründen	

10. Mitgliedschaften des Antragstellers in Vereinen, Verbänden o.ä.

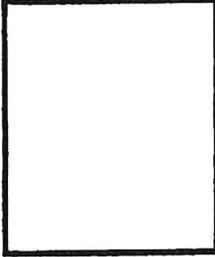
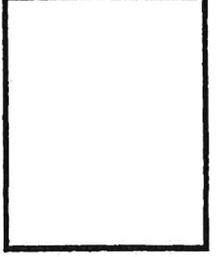
Name des Vereines	Mitgliedschaft von...bis...

11. Frühere Antragstellung

Die Einbürgerung in Deutschland habe ich schon früher beantragt	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Wenn ja, bei welcher Behörde	

12. Begründung des Einbürgerungsantrages

Ich möchte eingebürgert werden, weil ...

Lichtbild(er) (aus neuerer Zeit)			
			
Antragsteller	1. Kind	2. Kind	3. Kind

13. Erklärungen des Antragstellers

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis, dass falsche oder unvollständige Angaben zu einer Ablehnung des Antrages oder zur Zurücknahme der Einbürgerung führen können.

Ich verpflichte mich, jede Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich der Einbürgerungsbehörde mitzuteilen.

Die Erlaubnis zur Einsicht in die Ausländerakte/Asylakte wird hiermit erteilt.

Mir ist bekannt, dass für die Einbürgerung Gebühren in Höhe von 255 € je Person und für jedes miteinzubürgernde Kind 51 € erhoben werden. Für die Ablehnung des Einbürgerungsantrages ist für eine erwachsene Person eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 190 € und je minderjähriges Kind 38 €, bei einer Antragsrücknahme für eine erwachsene Person 85 €, je minderjähriges Kind 25 € zu entrichten.

Ort, Datum	Unterschrift der/des Antragsteller/in/s oder der/des gesetzlichen Vertreter/in/s

Dem Antrag auf Einbürgerung für meine unter Punkt 2 aufgeführten Kinder stimme ich zu	
Ort, Datum	Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreter/in/s

Bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahre: Dem Antrag auf Einbürgerung stimmen wir zu:	
Ort, Datum	Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreter/in/s

14. Stellungnahme des Bürgermeisteramtes

Der Antragsteller – und seine Kinder – ist/sind in dieser Gemeinde gemeldet seit	Datum
Der Zuzug erfolgte von	

Die Antragsangaben stimmen mit den Meldeunterlagen überein ja nein

wenn nein: Es liegen folgende Abweichungen vor:	
Sonstige Tatsachen, die für die Einbürgerung von Bedeutung sein können:	
Ort, Datum	Unterschrift, Stempel

Information zur Datenerhebung im Einbürgerungsverfahren (Datenschutzinformation)

Behörde	Landratsamt Zollernalbkreis Hirschbergstraße 29 72336 Balingen
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	Landrat Günther-Martin Pauli Hirschbergstraße 29 72336 Balingen Email: info@zollernalbkreis.de
behördlicher Datenschutzbeauftragter	Walter Stocker Hirschbergstraße 29 72336 Balingen Email: datenschutz@zollernalbkreis.de
Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlage	Einbürgerung in den deutschen Staatsverband; Rechtsgrundlage: § 31 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG).
geplante Speicherdauer	Unbefristet
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	<p>Die Daten werden dem Bundesverwaltungsamt (BVA) als Registerbehörde (Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten – EStA-Register) übermittelt und dort verarbeitet (§ 33 StAG). In das EStA-Register werden eingetragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entscheidungen zu Staatsangehörigkeitsurkunden, - Entscheidungen zum Bestand und gesetzlichen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, - Entscheidungen zu Erwerb, Bestand und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, die nach dem 31. Dezember 1960 und vor dem 28. August 2007 getroffen worden sind. <p>Im Einzelnen dürfen in dem Register gespeichert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Grundpersonalien des Betroffenen (Familiename, Geburtsname, frühere Namen, Vornamen, Tag und Ort der Geburt, Geschlecht sowie die Anschrift im Zeitpunkt der Entscheidung) und Auskunftsperren nach § 51 des Bundesmeldegesetzes, - Rechtsgrund und Datum der Urkunde oder der Entscheidung sowie Rechtsgrund und der Tag des Erwerbs oder Verlusts der Staatsangehörigkeit, im Fall des § 3 Absatz 2 auch der Zeitpunkt, auf den der Erwerb zurückwirkt, - Bezeichnung, Anschrift und Aktenzeichen der Behörde, die die Entscheidung getroffen hat. <p>Öffentliche Stellen haben der Staatsangehörigkeitsbehörde auf Ersuchen personenbezogene Daten zu übermitteln, soweit die Kenntnis dieser Daten zur Erfüllung Aufgaben nach erforderlich ist. Öffentliche Stellen haben der zuständigen</p>

	<p>Staatsangehörigkeitsbehörde diese Daten auch ohne Ersuchen zu übermitteln, soweit die Übermittlung aus Sicht der öffentlichen Stelle für die Entscheidung der Staatsangehörigkeitsbehörde über ein anhängiges Einbürgerungsverfahren oder den Verlust oder Nichterwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erforderlich ist. Dies gilt bei Einbürgerungsverfahren insbesondere für die den Ausländerbehörden nach § 87 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes bekannt gewordenen Daten über die Einleitung von Straf- und Auslieferungsverfahren sowie die Erledigung von Straf-, Bußgeld- und Auslieferungsverfahren (vgl. § 32 Abs. 1 StAG, § 87 Abs. 4 AufenthG). Die Einbürgerungsbehörden übermitteln den Verfassungsschutzbehörden zur Ermittlung von Ausschlussgründen nach § 11 StAG die bei ihnen gespeicherten personenbezogenen Daten der Antragsteller, die das 16. Lebensjahr vollendet haben (§ 37 Abs. 2 StAG). Die Daten werden zuständigen Meldebehörde oder Auslandsvertretung mitgeteilt (§ 33 Abs. 5 StAG).</p> <p>Zu statistischen Zwecken werden die Daten in anonymisierter Form (d.h. ohne Namen und Anschrift) für die erforderliche Statistikmeldung verwendet. Die Daten dürfen hierfür an das Statistische Landesamt Baden-Württemberg übermittelt werden (vgl. § 36 StAG).</p> <p>Die Daten werden bei Bedarf zur Beitreibung der Verwaltungsgebühr an die Kreiskasse weitergeleitet.</p>
Betroffenenrechte	<p>Sie haben als betroffene Person das Recht vom Landratsamt Auskunft über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 15 DSGVO), die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), die Löschung der Daten (Art. 17 DSGVO) und die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) zu verlangen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sie können nach Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen. Die Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit widerrufen. Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe können Sie sich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, poststelle@lfdi.bwl.de beschweren.</p>
Verpflichtung, Daten bereitzustellen, Folgen der Verweigerung	<p>Sie sind nicht verpflichtet zum oben genannten Zweck personenbezogene Daten zur Verfügung zu stellen. Stellen Sie diese nicht zur Verfügung kann die beantragte Einbürgerung nicht erfolgen.</p>

Stand: 25.05.2018

**Unterrichtung über die sicherheitsmäßige Überprüfung im
Einbürgerungsverfahren
(§ 3 Absatz 4 Landesverfassungsschutzgesetz - LVSG)**

Es liegt nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, die deutsche Staatsangehörigkeit an Personen zu verleihen, die die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines deutschen Landes gefährden. Die Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür sprechen, dass der Ausländer Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder dies in der Vergangenheit getan hat,

- die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- die durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (§ 11 Satz 1 Nr. 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes [StAG]).

Die Einbürgerung ist auch dann ausgeschlossen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Ausländer einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat, oder wenn sich der Ausländer bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder damit droht (§ 11 Satz 1 Nr. 2 StAG in Verbindung mit § 54 Nr. 5 und 5a des Aufenthaltsgesetzes).

Daher wird bei jeder Einbürgerung eine sicherheitsmäßige Überprüfung aller Antragsteller und Antragstellerinnen durchgeführt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben (§ 37 Absatz 2 StAG). Die sicherheitsmäßige Überprüfung erfolgt unter Mitwirkung des Landesamts für Verfassungsschutz. Zu diesem Zweck teilt die Einbürgerungsbehörde dem Landesamt für Verfassungsschutz folgende Personalien mit: Name, Vorname(n), Staatsangehörigkeit(en), Geburtsdatum, -ort und -land, Geschlecht, jetzige und frühere Wohnanschriften der letzten 8 Jahre. Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet etwa vorhandenes eigenes Wissen und das Wissen anderer inländischer Sicherheitsbehörden (Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer) aus. Weitergehende Ermittlungen werden vom Landesamt für Verfassungsschutz nicht durchgeführt. Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz nach der Auswertung feststellt, dass über Sie Erkenntnisse vorhanden sind, die Ihre Einbürgerung ausschließen könnten, teilt das Landesamt für Verfassungsschutz die zugrundeliegenden Erkenntnisse dem Innenministerium Baden-Württemberg mit. Gelangt das Innenministerium zu der Auffassung, dass die mitgeteilten Erkenntnisse die Ablehnung Ihrer Einbürgerung rechtfertigen, werden Sie von der Einbürgerungsbehörde vor der Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrags hierzu angehört.

Sofern dem Landesamt für Verfassungsschutz oder anderen inländischen Sicherheitsbehörden keine Erkenntnisse über Sie vorliegen, werden die von der Einbürgerungsbehörde mitgeteilten Daten nicht gespeichert. Liegen dagegen dem Landesamt für Verfassungsschutz oder einer anderen inländischen Sicherheitsbehörde Erkenntnisse über Sie vor, wird ein Hinweis auf die durchgeführte Überprüfung in das nachrichtendienstliche Informationssystem des Bundes und der Länder (NADIS) sowie in das Datenbanksystem des Landesamts für Verfassungsschutz aufgenommen, damit das Innenministerium unterrichtet werden kann, wenn weitere Erkenntnisse über Sie anfallen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wird vom Abschluss Ihres Einbürgerungsverfahrens verständigt. Werden dem Landesamt für Verfassungsschutz danach neue Erkenntnisse über Sie bekannt, wird das Innenministerium informiert, sofern diese Erkenntnisse es zulassen, Ihre Einbürgerung zurückzunehmen.

Erklärung

Ich habe die vorstehende Unterrichtung über meine sicherheitsmäßige Überprüfung durch das Landesamt für Verfassungsschutz zur Kenntnis genommen.

Datum

Unterschrift

Name in Druckbuchstaben

Urschriftlich zurück an:

**Landratsamt Zollernalbkreis
Einbürgerung
Stingstr. 17
72336 Balingen**

Erklärung

Hiermit erkläre ich, _____, dass ich den Lebensunterhalt für mich und meine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (z.B. Sozialgeld bzw. Arbeitslosengeld II) bestreiten kann.

Datum

Unterschrift

Urschriftlich zurück an:

**Landratsamt Zollernalbkreis
Einbürgerung
Stingstr. 17
72336 Balingen**

